



Widerstand gegen Sozialabbau

Die Deutsche Bank steigert ihren Profit um 50 Prozent – 6.500 Kolleginnen und Kollegen werden entlassen. Kein Einzelfall, sondern die Regel. Die Banken und Konzerne schwimmen im Geld und feuern die Belegschaften im Tausenderpack. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer honoriert die Bundesregierung mit Steuersubventionen.

Hier ein „Stundenlohn“ von 409.000 Euro für Aldi-Inhaber Theo Albrecht, dort die Ein-Euro-Jobs für die Langzeitarbeitslosen.

Die Kluft zwischen reich und arm, zwischen oben und unten wird immer größer.

Die Unternehmer haben sich von der Sozialpartnerschaft verabschiedet. Sie fordern die Unterwerfung unter ihr Diktat. Jeder Tarifkonflikt wird zum Machtkampf gegen die Beschäftigten und die Gewerkschaften.

Anpassung ist der falsche Weg. Widerstand ist angesagt.

Aber der bisherige Widerstand reicht nicht, um den Sozialabbau zu stoppen. Ein Politikwechsel zu mehr Beschäftigung, zur Wiederherstellung der Sozialsysteme kann nur im Kampf gegen Kapital und Kabinett durchgesetzt werden. Das von der IG Metall geforderte 20-Milliarden-Euro-Beschäftigungsprogramm wird nur Realität, wenn es durch den Druck der außerparlamentarischen Bewegung bis hin zu Massenstreiks der Beschäftigten erkämpft wird.

Auf Veränderung durch die Wahlen im Jahr 2006 zu hoffen, heißt auf Sand zu bauen. Verändern wird sich nur, was Gewerkschaften und die soziale Bewegungen im außerparlamentarischen Kampf erringen.

Die DKP hat Alternativen vorgelegt:

- Höhere Löhne und Renten – mehr Kaufkraft – mehr Nachfrage. Das sichert und schafft Arbeitsplätze.
- Arbeitsplätze statt Überstunden. Allgemeine Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit. Arbeitsplätze schaffen durch weitere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Ausbau des Kündigungsschutzes. Verbot von Massenentlassungen, wenn das Unternehmen Gewinne macht.
- Millionen zahlen Steuern. Millionäre und Konzerne sollen es auch. Rücknahme der Steuersenkungen für die Reichen, die Banken und Konzerne.
- Abrüstung jetzt! Sofortige Kürzung des Rüstungshaushaltes um mindestens 10 Prozent. Keine Beschaffung neuer Waffensysteme. Nutzung der Gelder für Beschäftigung und Ausbildung.
- Öffentliche Dienstleistung statt privater Profit. Stopp der Privatisierung.
- Agenda 2010 stoppen – Hartz IV muss weg! Volle Wiederherstellung der sozialen Rechte und Leistungen!

Wir treten ein für gesellschaftliche Allianzen, die in außerparlamentarischen Kämpfen gewerkschaftliche Ziele durchsetzen. Unser Standpunkt ist und bleibt: Nur wenn vor allem gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen bereit sind zu kämpfen, wird es Veränderungen geben! Allerdings benötigt auch dieser Kampf Perspektiven jenseits des Kapitalismus. Auch und gerade in dieser Zeit lohnt es sich, über Sozialismusvorstellungen nachzudenken und dafür zu streiten. Sozial 'is' muss!